

Historisches Umfeld / Historic Surroundings

Vom Mittelalter bis in die Neuzeit

Sehr häufig waren es die politischen Verhältnisse in diesem "Flickenteppich Europa", die die Hackenschmidts dazu brachte, Verbindungen durchzuschneiden und wegzu- ziehen.. Daher wollen wir uns die Zeiten und geschichtlichen Umstände verdeutlichen, unter denen und wegen denen es Wanderbewegungen der Vergangenheit gab, die dann im Spezifischen von unseren Familien genutzt wurden.

7. –8 Jahrh. n. Chr.	Weite Teile des Vogtlandes waren noch waldbestanden und wurden erst im Zuge der hochmittelalterlichen Ostsiedlung im späten 11. und im 12. Jahrhundert durch Slawen und Deutsche aus den Altsiedellandschaften in Franken und Sachsen besiedelt
919	Königswahl Heinrichs I. (Gründung des Ersten Deutschen Reiches), dessen Ostgrenze Saale und Elbe bildeten
Um 1000	Das Vogtland ist eine Region im Grenzgebiet der drei deutschen Bundesländer Bayern, Sachsen und Thüringen sowie der westtschechischen Region Egerland. Der Name rührt von der einstigen Verwaltung durch die Vögte von Weida, Gera, Plauen und Greiz her.
1200	Ausbau des Reichsterritoriums zwischen Altenburg, Eger (Cheb) und Nürnberg durch Stauferkönig Konrad III. und vor allem Friedrich I., Barbarossa - Entstehung des Pleißen-, Eger- und Vogtlandes sowie des Reichslandes um Nürnberg als Reichslehen
1327-29	Annahme der böhmischen Lehnshoheit für Herrschaft Plauen und Erlangung der Herrschaft Voigtsberg durch Heinrich den Älteren von Plauen
1354-1357	Vogtländischer Krieg , Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit Wettinern, die im kaiserlichen Auftrag das Raubritterwesen im Vogtland bekämpften, wobei die Herrschaft Plauen erbliches Lehen der Krone Böhmens wurden.
1485	Wettinische Landesteilung: Kurfürstentum für Ernst, Herzogtum für Albrecht - Vogtländische Ämter Plauen und Voigtsberg kamen zur ernestinischen Linie (bis 1547)
1546-1547	Schmalkaldischer Krieg - Ernestinischem Kurfürst Joh. Friedrich wurde Kurwürde und neben anderem Besitz auch Vogtland abgesprochen - Mit Bewilligung Kaiser Karl V. übereignete König Ferdinand von Böhmen seinem Oberstkanzler, Heinrich IV. aus der Linie Plauen, das Vogtland als böhmisches Kronlehen - aber: Mitbelehnung des neuen Kurfürsten von Sachsen (albertinische Linie) Heinrich IV.
1569	Endgültiger Verzicht von Heinrich VI. auf Ämter Plauen, Voigtsberg und Pausa zugunsten der Schuldentilgung; damit verloren die Söhne Heinrichs IV. das Vogtland endgültig an Kursachsen
1618 -1648	Dreißigjähriger Krieg: - Plünderungen, Drangsalierungen und Verwüstungen durch schwedische und durch kaiserliche Truppen
1657	Aufteilung des sächsischen Landes nach dem Tod des Kurfürsten Johann Georg I. unter seine vier Söhne: -
1806	Besetzung durch französische Truppen und Einführung der französischen Verwaltungsorganisation im sächsischen Kurfürstentum

1831	Einführung einer bürgerlichen Verfassung, Sachsen wird konstitutionelle Monarchie - Bürgerliche Reformen wirken sich auch im Vogtländischen Kreis aus
1848	Bürgerliche Revolution in Deutschland unter aktiver Beteiligung von Vogtländern
1874	Trennung von Justiz und Verwaltung durch Errichtung der Amtshauptmannschaften Auerbach, Oelsnitz und Plauen
1918	Novemberrevolution in Sachsen - Verzicht von August III. auf den Thron; Beseitigung der Monarchie - Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten auch im sächsischen Vogtland
1920	Verfassung des Freistaates Sachsen: - Parlamentarische Republik und Trennung von Staat und Kirche
1928	Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen aufgrund eines Staatsvertrages:
2008	Das Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen regelt das Bestehen von 10 Landkreisen und 3 Kreisfreien Städten

Die Hackenschmidt-Familien siedelten somit eigentlich fast immer innerhalb des Vogtlandes bzw. in seiner größten Breite, die allerdings, wie oben zu sehen ist, im Verlauf der Zeiten unterschiedlich zerteilt worden ist. Im Kern aber

- In ein Oberfränkisches
- In ein Sächsisches
- In ein Thüringisches
- In ein böhmisches

(s.auch 7.1 Tafeln u.Hist. Karten)

Leben im Mittelalter in Deutschland

(Extrakte nach gleichnamiger Schrift von Golo Mann und „Politische Geschichte“ nach WIKIPEDIA)
:

Während am Rhein, Main, Neckar und Thüringen langer Frieden das Aufspriessen eines gewissen Wohlstandes und mit ihm vereint das Vorhandensein eines reichen Ritterstandes begünstigt hatte, war Mitteldeutschland ein Land mit Neugründungen, das in jahrhundertelangen Kämpfen den heidnischen Slawen entrissen worden ist. Auf diesem „Neulande“, das von Westen her mit einer Welle deutscher Ansiedler überschwemmt wurde, galt es zunächst das Land, das mit dichtem Wald bestanden war, mit der Axt urbar zu machen. Dann erst zog der deutsche Ansiedler mit dem Pfluge seine Bahnen ins frische Rodeland. In solcher Gegend geht es mit dem Wohlstand langsam aufwärts. Besser lagen die Verhältnisse in den Städten. Hier wohnten betriebsame Handwerker und unternehmungslustige Kaufleute. Handel und Wandel blühte. Hier kehrte der Wohlstand früher ein.

Haus und Hof

Die eingesessenen „bargen“ ihre Hofschätze und ihren Hausrat bei drohender Gefahr in ihren „Erdburgen“, Die „Burgberge“, von denen nach den Berichten immer wieder neue entdeckt werden, enthalten alle auf ihrem Gipfel eine solche, für die Zeit ärgster Not bestimmte „Erdschanze“ niemals aber den Rest oder die Überreste steinerner Bauten, die als früheste Burgtrümmer anzusprechen sind. Erst viel später entstanden auf den Berggipfeln „steinerner Häuser“ mit „Zinnen und Türmen“, mit „Wallgräben und Zugbrücken“. Die fernere Aufführung von „Steinburgen“ verhinderte zudem das

landesherrliche Verbot gegen „das Raubrittertum“. An diesem Verbot hatten die handelslustigen Städte, die durch die Raubritterei und das Rittertum Schaden erlitten, ein ganz besonderes Interesse. Wie wenig anheimelnd die Ritterbauten damaliger Zeit selbst gewesen sind, zeigen ihre kargen Überreste: Die innere Ausstattung der Burgen und mittelalterlichen Schlösser entsprach dem mehr oder minder großen Reichtum ihrer Besitzer. Hausrat war verhältnismässig wenig vorhanden..

Hab und Gut

Die Freien waren „Rittergutsbesitzer“. Von dem steinernen Burgbau auf stolzer Höhe allein konnten sie aber nicht leben. Die scheunenartigen Nebengebäude der Burg zeigen, dass die Ritter der damaligen Zeit Ackerbau und Viehzucht getrieben haben, dass sie also mehr oder minder begüterte Rittergutsbesitzer waren. Ihr Gut hatten sie vom Landesherrn zu Lehen. Sie mussten für denselben einen gewissen Grundzins zahlen. Die Grundbesitzer der damaligen Zeit hatten demnach auch ihre Steuersorgen. Ihre Einnahmen erhielten die Rittergutsbesitzer der damaligen Zeit aus den „Gefällen“ oder „Zinsen“, welche ihnen ihre Untersassen, denen sie von ihrem Landreichtum Stücke abgegeben hatten, welche sie selbstbewirtschafteten. Oft mussten sie, der Not und dem Zwang der Zeit gehorchend, ihre Güter und Rechte verkaufen oder verpfänden. An vielen Stellen kauften sich die hörigen Bauern, die Untersassen von ihren Herren mit einer größeren oder geringeren Summe los und frei.

Weib und Kind

Die „Hausfrau“ stand in dem Mittelpunkt seiner Hauswirtschaft. Reich war meistens der Kindersegen. Die Kinder, Knaben wie Mädchen, wuchsen auf dem elterlichen Hofe oder in der elterlichen Burg in völliger Ungebundenheit auf Ihre Erziehung lag in der Hand der Mutter. Burgschulen gab es nicht. War ein Knabe erwachsen, so ließ ihn sein ritterlicher Vater auf der Lateinschule des nächsten Ortes „einreiten“. Die Mädchen der Reichen kamen in einem gewissen Alter in eines der Frauenklöster. Hier erhielten sie die notwendigste Bildung ihrer Zeit.

Wehr und Waffen

Ihre Bewaffnung bestand in frühester Zeit aus „Keule und Streitkolben“, später aus „Kettenpanzer, Eisenhut, Schild, Harnisch, Helm und Blechhandschuhen“. Außer dem Schlachtschwert führte der Adel der damaligen Zeit noch das lose in der Scheide sitzende Messer, die Armbrust und den spitzen Pfeil. Gegen die Mitte des 16. Jahrhunderts traten an die Stelle der frühmittelalterlichen Schusswaffen die „neuen Donnerbüchsen“.

Es war wohl selbstverständlich, dass die Knaben vom Vater der Anwendung der Waffen geübt wurden. Wild gab es im Mittelalter mehr als heute. Wald- und Talstreitigkeiten waren an der Tagesordnung.. Hieraus geht zweifelhaft hervor, dass der Adel der damaligen Zeit die Jagd als eine edle und des Adels Beschäftigung betrachtete und auch ausübte. Die Landwehren hatten aber auch Bauern und Handwerker im Gefolge, die geheuert wurden aufgrund der fränkischen Friedenspflicht („Centgerichtsbarkeit“, Verpflichtung von Siedlungen, Landschutz mit Personeneinsatz zu gewährleisten).

Kopf und Herz

An wissenschaftlicher Strebsamkeit wurde der damalige einheimische Adel von dem Bürgertum bei weitem übertroffen. Sie lernten durch die Praxis der Hof- und Stadtgerichte die Rechts- und durch ihre Teilnahme an den allgemein üblichen Landtagen die Verwaltungskunst so, dass sie, ohne eine weitere höhere Universitätsbildung, sowohl als Hof- oder Mannenrichter, wie auch als Landeshauptleute ihren Platz ausfüllen konnten. In gleicher Weise bildete sich der Klerus der Weltpriester in den Klöstern und Bischofssitzen heran. Wer von den letzteren die Universität besuchte, war für ein hohes Kirchenamt geschickt. Ähnliche Verhältnisse bestanden auch auf dem Gebiete der Kunst. In den Burgrümmern der damaligen Zeit sucht man vergebens nach Spuren mittelalterlicher Kunst.

Das reiche Bürgertum war auch in dieser Hinsicht besser daran. In den Fastnachts-Spielen der wohlhabenden Handwerker, in den bunten, städtischen Maskenscherzen und in den Dichtungen der Stadtpoeten finden wir den damals üblichen Ausdruck heiterer Kunst und Dichtung. Die alten städtischen Schoppenbücher enthalten zudem gegen manchen Burgherren jener frühen Zeit arge Anklagen und die Berichte geschehener Grausamkeiten. Waffenfertig und waffenfähig wurde ein junger Ritter durch die mittelalterlichen Fehden, Geschlecht kämpfte gegen Geschlecht. Die Städte gegen die Geschlechter, der Adel gegen die Städte. Die Probe auf das Exempel war der Krieg.

Alle Standeserhöhungen geschahen in jener Zeit durch den Kaiser, bzw. durch den König und zwar für Geld. Dieses besaßen aber vor allen Dingen die reichen Handelsherren der Städte. Auch sie langten nach dem Adelsprädikat. Die stets geldbedürftigen Kaiser jener Zeit verliehen ihnen deshalb neben dem angesessenen Adel „Adel- und Wappenbrief“. Viele dieser stadtbürgerlichen Adelsgeschlechter jener Zeit sind ausgestorben. Von ihren Namen hat vor allen Dingen der 30jährige Krieg das Adelsprädikat wieder hinweggeweht.

Durch die Entdeckung der Neuen Welt kamen aus Amerika ungeheure Mengen von Gold und Silber nach Europa. Der Wert der in den Händen der alten Adelsfamilien befindlichen Kapitalien sank demzufolge, wie sich die Edelmetalle von selbst durch die ungehemmte Einfuhr entwerteten. Dazu kam eine allgemeine Münzverschlechterung.

Die Bauernschaft, welche sich im Schutze der mittelalterlichen Burgen und Schlösser angesiedelt hatte, war teils hörig, oder, wie die eingewanderten Bauern, frei. Diese weigerten sich vielerorts, die „Frohndienste“ zu leisten. Drang der Burgherr bei dem Lehnsgericht mit seiner Forderung durch, so gehorchten die Bauern widerwillig. Andere wanderten aus. Die Zurückbleibenden verarmten. Dies musste im Laufe der Zeit auch wieder auf Teile der adeligen Geschlechter selbst in wohlstandvernichtender Weise zurückwirken.

Die Zäsur: Der 30 jährige Krieg 1618 – 1648

(Extrakt: Golo Mann „Europa um 1618“)

Und dann kam der 30-jährige Krieg, der mit seinem eisernen Besen den Wohlstand Deutschlands auf Jahrzehnte und Jahrhunderte hinwegfegte. Nach Polen und Ungarn, nach Finnland und Schottland war die „protestantische Rebellion“ gedrunken. Ebenso die katholische Gegenbewegung, an ihrer Spitze der Orden der Jesuiten. Wie die beiden großen Tendenzen sich auseinandersetzten, wer siegte und welches Schicksal dem Besiegten bereitet wurde, macht zu einem Großteil die Geschichte des 16. Jahrhunderts aus.

England war ein Staat, ebenso Venedig, Schweden, Dänemark. Die Niederlande und Frankreich waren im Begriff, einer zu werden, Spanien–Österreich–Böhmen konnte man als das „Haus Habsburg“ bezeichnen. Polen war damals sehr groß, und hatte eine Schlüsselposition in der osteuropäischen Politik inne. In der Mitte lag das Deutsche Reich, auch das „heilige Reich“ genannt. Allerdings war dieses Reich nur der Form nach ein einheitlicher Staat, denn tatsächlich war es ein Chaos einander bekämpfender und sich gegenseitig durchkreuzender Willenszentren. An der Spitze stand der Kaiser, seit Jahrhunderten regelmäßig ein Mitglied des Hauses Habsburg, dieser musste aber immer aufs neue gewählt werden, und zwar von sieben Kurfürsten, drei geistlichen und vier weltlichen. Der Kaiser handelte durch den Reichstag, der die Gesamtvertretung aller Stände des Reiches war. Die katholischen waren geeint in der Religion, doch getrennt in anderen Beziehungen. Die protestantischen waren auch in der Religion nicht einig, denn Lutheraner und Calvinisten nährten gegeneinander giftigere Bosheit als gegen die Katholiken. Die Basis ihres Zusammenlebens war noch immer der Religionsfriede von 1555. In Österreich, den habsburgischen Erblanden, gingen in den Zeiten der Kaiser Maximilian II. (1564-1576), Rudolf II. (1576-1612), und Matthias (1612-1619) Adlige und Bürger in Haufen zum Luthertum über.

Der junge Erzherzog Ferdinand von Steiermark begann mit der Rekatholisierung. Der Nachfolger von Kaiser Maximilian II. war sein ältester Sohn, Rudolf II.. Unter Rudolf II arteten die Tendenzen in einen offenen Kampf aus. Da der geistesranke Monarch weder stark genug war, sich durchzusetzen, noch klug genug, um sich zu arrangieren, folgte eine Periode chaotischen Kampfes. Sein Bruder Matthias war ihm zwar gleich-gesinnt, jedoch klüger. Er machte seinen Frieden mit den Österreichern,

mit den Ungarn, das heißt mit den Ständen dieser Länder, die Protestanten mit eingeschlossen, mit den Türken, und mit dem rebellischen Fürstentum Siebenbürgen. 1609 schloss Rudolf einen ähnlichen Vertrag mit Böhmen, das ihm noch blieb, bis der Bruder mit Truppenmacht einmarschierte und ihn auch von diesem Thron verdrängte. Matthias wurde König von Böhmen und nach dem Tod von Rudolf auch Kaiser.

Seit Jahrhunderten war das böhmische Königreich ein Mittelpunkt europäischer Politik, somit war er einer der mächtigsten Herren des Kontinents. Er räumte den böhmischen Ständen weitgehende Rechte ein, die der freien Religionsausübung gleichkamen. Dennoch rebellierten die Stände.

Die Beziehungen zwischen katholischen und evangelischen Fürsten wurden immer gespannter. Nach einem Streit um die kleine, reichsfreie Stadt Donauwörth gründeten die Evangelischen ein Militärbündnis, die „Union“ unter Kurfürst Friedrich von der Pfalz, die Katholischen im Gegenzug die „Liga“, unter Herzog Maximilian von Bayern. Beide Fürsten waren Wittelsbacher. Der Konflikt zwischen den protestantischen Ständen und der Regierung spitzte sich zu. Im Jahre 1617 wurde Ferdinand von Steiermark, der erbarmungslose Reformator zum König von Böhmen gekrönt. Bald zeigte sich der Einfluss des zielbewussten Ferdinand: Die Rekatholisierung der Landsassen auf den königlichen Gütern wurde mit gesteigertem Ernst weiter getrieben. In Prag wurden zwei große Treffen protestantischer Stände gehalten, das erste im März 1618, das zweite am 23. Mai. Bei diesem Treffen setzte Thurn sich durch: Der Beschluss, die beiden katholischen Statthalter die man für die Schuldigsten hielt, zum Fenster hinauszuerwerfen, wurde von ein paar Adligen gefasst.

Dieser Staatsstreich war der Auslöser für einen Krieg. Zu Beginn versuchte Matthias zu vermitteln, jedoch verstarb er 1619. Ferdinand war nun Alleinherrscher von Österreich. Die Böhmen, die um die Reformation fürchteten, wählten nun Friedrich von der Pfalz als Gegenkönig. Während er einen Winter lang in Prag residierte, bereitete Ferdinand den Kampf vor. Unentwegt arbeitete Maximilian in diesem Winter an seinem Plan. Dem Obersten von Waldstein, auch Wallenstein, Mitglied einer vornehmen böhmisch-mährischen Familie, gelang es, einen kleinen Teil des ständischen Regimentes, das er kommandierte, ins habsburgische Lager hinüberzuführen. Im Frühsommer 1620 lagen die Heere der beiden Machtgruppen einander bei Ulm gegenüber, doch kam es vorerst nicht zu dem befürchteten Zusammenstoß, sondern zu Verhandlungen. Es war die Idee Maximilians, dass zuerst die österreichischen Stände zur Raison gebracht werden sollten, ihre Verbindungen mit Böhmen zerschnitten werden müssten. In Linz nahm Maximilian die Huldigungen der gedemütigten Rebellen entgegen.

Die Unterwerfung Böhmens, dann Mährens erfolgte in wenigen Wochen. Nun folgte ein Blutgericht, dem ein großer Teil des böhmischen Adels zum Opfer fiel. Ein neuer böhmischer Adel entstand. So feudal, wie der alte gewesen war, aber habsburgisch international seiner Herkunft nach.

Nun begann die Zeit der Söldnerheere. Der eigentliche Kriegsherr war der General, der von einer Regierung Lizenz erhielt, eine Zahl von Regimentern aufzustellen. Dazu vergab er Werbepatente an Offiziere. Die Truppenzahlen waren gering. Hatte einer 12.000 Mann unter den Fahnen, so war er eine Macht. Zwölftausend Streiter bedeuteten dreißig oder vierzigtausend Menschen, Frauen, Kinder, Diener, Brandschatzmeister, Händler. Eine solche Schar schlagkräftig zu erhalten unter einem Mindestmaß von Ordnung zu halten, zu ernähren, zu bewegen, schlagkräftig zu erhalten, stellte den General vor eine gewaltige Aufgabe organisatorischer, erst in zweiter Linie militärischer Art.

1625 trat Albrecht von Wallenstein an die Spitze eines neu aufgestellten Heeres. Die kaiserliche Kriegsmacht marschiert nun durch Deutschland, durch Franken und Hessen nach Niedersachsen. Städte und Stände werden drangsaliert. Im Winter 1628 stehen Wallensteins Truppen in Jütland. Das Reich soll Seemacht werden, die deutschen Hafenstädte an der Ost- und Nordsee sollen in enge Verbindung mit dem Reich, Habsburg gebracht werden, so dass der König von Schweden dort nirgends landen kann. Bald lagern Wallensteins Truppen von Frankreich bis Brandenburg. Sie lebten von den „Kontributionen“, Abgaben an Lebensmitteln, Pferdefutter und Geld, die der Bevölkerung abgepresst wurden. Die Belagerung von Stralsund im Sommer 1628 wird zum Höhepunkt der maritimen Bestrebungen der Habsburger.

Wallenstein gibt auf und so wird der Friedensvertrag von Lübeck im Mai 1629 geschlossen. Alle seit dem Augsburger Religionsfrieden vollzogenen Säkularisierungen kirchlichen Besitzes sind rückgängig zu machen. Der Kirche soll wieder gehören, was ihr Anno 1555 gehört hat. Alle und alles sollte so katholisch werden wie Prag es wurde. Im Frühsommer kommt es zu einem großen Treffen der Kurfürsten in Regensburg, einem „Kollegialtag“, vom Kaiser einberufen. Dort zwingen die katholischen Fürsten, die um ihre Macht fürchten, Ferdinand dazu, Wallenstein abzusetzen. Während die deutschen Kurfürsten und der deutsche Kaiser im Regensburg Bankette abhalten und Schriftstücke tauschen, landet der König von Schweden mit einem Heer von dreizehntausend Mann an der Küste Pommerns (26. Juni 1630).

König Gustav Adolf von Schweden war ein überaus energischer Mann. Der Herrschafts- und Kriegserfahrene Potentat war 36 Jahre alt, als er in Deutschland landete, auf der Höhe seiner Kraft, von unerschütterlichem Selbstvertrauen. Er wollte endlich Ordnung machen in dem großen zerrissenen und bedrohlichen Nachbarreich. Nach langen Verhandlungen kam im Januar das Bündnis mit Frankreich zustande. Wallenstein, der ungekrönte König des neuen Böhmen, tat nichts, um den schwedischen Siegeszug aufzuhalten.

Der Krieg ging weiter. Die protestantische Stadt Magdeburg war sein nächstes Opfer. Am 20. Mai 1631 wurde sie von General Tilly nach längerer Belagerung im Sturm genommen. Die Stadt wurde dem Erdboden gleich gemacht und in Brand gesetzt. Der Dom blieb übrig, und ihn ließ Tilly der wahren Religion weihen. Deutschlands protestantische Mächte waren nun Schwedens Verbündete. Bei Leipzig, im Dorf Breitenfeld, stießen am 18. September das kaiserliche und das schwedische Heer zusammen. Gustav Adolf trug den Sieg davon., dem schwer verwundeten Tilly blieb nur die Flucht.

Der Schwedenkönig eilte von Sieg zu Sieg, er drang weit nach Süd und Westdeutschland vor. Im März 1632 starb Tilly an den Folgen einer Verwundung. Nun beschwor Kaiser Ferdinand Wallenstein, ihm wieder ein Heer zu schaffen. In nur drei Monaten stellte der ein Heer auf, das sich mit dem schwedischen messen konnte. Bei Nürnberg improvisierte Gustav Adolf eine Festung, ein Lager, umgeben von Gräben, Schanzen und Verhauen. Auch Wallenstein errichtete ein Lager, so gut gelegen, dass er den Schweden in der Hand hatte, und er trug den Sieg davon. Bei einem neuerlichen Zusammenstoß in der Schlacht bei Lützen fiel Gustav Adolf.

Doch auch Wallenstein hatte seine Truppen mit letzter Kraft durch die Schlacht geführt, und konnte seinen Sieg nicht ausnützen. Er fühlte sich seinem Ende nahe, und wollte noch als Friedensstifter seinen Ruhm vermehren. Wallenstein führte also Verhandlungen mit allen Kriegsparteien. Von den Gespinsten seiner Diplomatie wusste man in Wien nur das allernotwendigste und im Oktober raffte der Herzog sich endlich auf, und nahm bei Steinau in Schlesien die gesamte dort stehende schwedische Armee gefangen. Dem folgte die Eroberung der Provinz. Von jeher hatte Wallenstein im Konflikt mit den Wiener Hofräten in Konflikt gelegen, die ihm und dem Heer zumuteten, was nicht zu leisten war. Jetzt sollte er mit einem erschöpften Heer einen Winterfeldzug im ausgeplünderten Bayern führen. Wallenstein widersetzte sich den Befehlen aus Wien. Also war er ein Rebell, wahrscheinlich ein Verräter. In einer Sturmnacht am 25. Februar 1634 in Eger wurde er ermordet, und einige seiner Offiziere mit ihm.

Große Teile Deutschlands waren verwüstet und entvölkert. Der Kaiser schloss mit Sachsen Frieden und verzichtete auf die Durchführung des Restitutionsedikts. Viele evangelische Fürsten traten daraufhin dem Frieden bei und wandten sich mit dem Kaiser gegen Schweden. Schon 1644 begannen die feindlichen Parteien zu verhandeln. Das Volk jedoch musste noch jahrelang leiden, bis endlich 1648 in Osnabrück und Münster der Westfälische Friede geschlossen wurde.

Schon während, aber auch nach Ende des Grossen Krieges begannen Familienwanderungen, die auch auf die Hackenschmidt-Stämme bedeutungsvollen Einfluss hatten. Lediglich der Teil, der vollkommen auf dem tiefsten Lande wohnte, kam einigermaßen glimpflich davon. Wohnhafte an strategischen Aufmarschgebieten/ Handelsstraßen und in Nähe von Städten litten und verloren das Meiste ihrer Habe.

Leben in der Neuzeit

Nachkriegsdeutschland nach dem 2. Weltkrieg

Unter dem Begriff Nachkriegsdeutschland versteht man das Deutschland der jüngeren Zeitperiode nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das Großdeutsche Reich wurde nach der bedingungslosen Kapitulation aufgelöst und aufgespalten. Es verlor große Teile seines östlichen Reichsgebietes an die Nachbarstaaten und auf seinem Gebiet entstanden drei neue Staaten, zuerst Österreich, dann die BRD und die DDR. Zuvor war das ehemalige Reichsgebiet in Besatzungszonen aufgeteilt worden, die ehemalige Reichshauptstadt Berlin und die Stadt Wien in Sektoren der Besatzungsmächte

Flüchtlinge - Vertriebene – „Displaced Persons“

- Die Dimension der Wanderungsbewegungen und demographischen Verschiebungen - (Autor: Stefan Mannes)

Eine der wohl gravierendsten Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges in Deutschland, die zweifelsohne die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Nachkriegszeit nachhaltig beeinflusst haben, waren die enormen demographischen Verschiebungen durch Flüchtlinge, Evakuierte, Vertriebene und Kriegsgefangene. Dabei soll hier ein Eindruck der Größenordnung vermittelt werden, um die es bei der vorübergehenden oder endgültigen Wanderung vieler Deutschen bei Kriegsende ging. Schließlich soll versucht werden, einen Ausblick auf die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der demographischen Verschiebungen zu geben.

Die Zwangsruksiedlung von Volksdeutschen ins Reich ab 1939

Die gewaltigen demographischen Verschiebungen, die mit der Flucht und Vertreibung von Millionen von Ostdeutschen ihren Höhepunkt erreichten, deuteten sich schon Jahre zuvor mit Hitlers "Heim ins Reich" Politik an. Die Entwurzelung und Zerstreuung der Deutschen in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas begann schon während des Krieges und stellte für viele Menschen nur den Anfang einer Wanderung dar, die sie 1945 noch weiter nach Westen führen sollte.

Seit dem elften Jahrhundert hatte kontinuierlich eine intensive Siedlungstätigkeit für das Entstehen von großen deutschen Minderheiten in den Ländern Ost- und Südosteuropas gesorgt. Nach Ende des Ersten Weltkrieges befanden sich 1,5 Millionen Deutsche in der Sowjetunion, 1,2 Millionen in Polen, 3,5 Millionen in der Tschechoslowakei, 120.000 in Litauen, 550.000 in Ungarn, 800.000 in Rumänien, 700.000 in Jugoslawien und 30.000 in Estland. Das politische Interesse an diesen fast 8,5 Millionen Deutschen wuchs aber erst mit der Machtergreifung Hitlers. Die pangermanischen Theorien der Nationalsozialisten zielten darauf ab, alle Deutschen in einem großen Reich zu vereinen. Die Umsiedlung ganzer deutscher Volksgruppen sollte mit dem Ziel durchgeführt werden, die östliche Grenze des deutschen Sprachraums zu festigen und zu erweitern. Mit der brutalen Ausweisung von Millionen von Polen aus diesen Gebieten wurde ausreichend Platz geschaffen, die aus dem Osten eintreffenden Deutschen in diesen Gebieten anzusiedeln. Das Fernziel dieser Siedlungsaktion, wie sie 1941 schließlich im "Generalplan Ost" formuliert wurde, war die Errichtung eines einheitlich deutschen Siedlungsgebietes, das im Osten von einer Linie Krim-Leningrad begrenzt werden sollte. Die slawische Bevölkerung sollte dabei jenseits der deutschen Wehrgrenze entlang dem Ural abgeschoben werden.

Um die „Volksdeutschen“, die nur in den wenigsten Fällen die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, umzusiedeln, kam es zu einer Reihe von Verträgen mit den einzelnen Ländern, in deren Machtbereich die Siedlungen der Volksdeutschen lagen. Auf diese Weise gelang es, die erste Welle der Umsiedler in humanitärer und friedlicher Weise zu transferieren. Diese Praxis sollte sich erst mit dem Fortschreiten des Krieges ändern. Da mehr und mehr Gebiete unter direkte deutsche Verwaltung fielen, wurden Umsiedlungsaktionen bald nur noch als rein deutsche Verwaltungsmaßnahmen und zwangsweise durchgeführt.

Von 1940 bis 1944 wurden so 166.000 Deutsche aus Polen, 127.000 aus den Baltischen Staaten, 370.000 aus der Sowjetunion, 212.000 aus Rumänien und 35.000 aus Jugoslawien umgesiedelt. Diese insgesamt 910.000 Deutschen fanden in den ein-gegliederten Ostgebieten, dem "Generalgouvernement" oder im Altreich Aufnahme.

Die Evakuierung der Bevölkerung aus den Städten

Die Evakuierung der deutschen Bevölkerung aus den Ballungsgebieten und Städten stellte ein klares Eingeständnis der deutschen Führung dar, über kein weiteres Mittel zur Minderung der Auswirkungen des schweren Luftkrieges mehr zu verfügen. Die ersten Betroffenen dieser Geschehnisse waren Kinder im Alter bis zu 14 Jahren, die ab September 1940 aus Hamburg und Berlin in die Mark Brandenburg, nach Oberösterreich, Sachsen, Thüringen und den Warthegau verschickt wurden. Ab 1941 wurde die jetzt "erweiterte Kinderlandverschickung" genannte Aktion ausgedehnt und mit Anstrich einer reinen Wohlfahrtsaktion versehen, so dass Begriffe wie "Ausquartierung" oder "Evakuierung" vermieden werden konnten. Der Kreis der zu evakuierenden Kinder umfasste allein in Berlin und Hamburg etwa 935.000 Kinder. Die "Nationalsozialistische Volkswohlfahrt" übernahm die Betreuung der Kinder bis zu zehn Jahren in Familienpflegestellen oder in Heimen. Die Unterbringung der Älteren, welche der Verantwortung der Hitlerjugend unterlagen, fand in Hotels, eigens eingerichteten Heimen oder in Lagern statt. Die ordnungsgemäße Rückführung dieser Kinder wurde jedoch durch den Zusammenbruch des Deutschen Reiches jäh unterbrochen, so dass viele Kinderland-Lager im In- und Ausland noch bis weit ins Jahr 1946 bestanden.

Mit der Verschärfung des britischen Nachtbombardements ab Frühjahr 1943 (zur Demoralisierung der Heimatfront!) und der massenhaften Vernichtung von Wohnraum erreichte die Evakuierungsproblematik eine neue Dimension. Dazu schien es unausweichlich die Großstädte von "überflüssigen" Menschen frei zu machen. Gemeint waren damit außer Kindern vor allem Mütter und alte Menschen, die nicht in kriegswichtigen Betrieben arbeiteten. Die Aufnahmegebiete erstreckten sich dabei auch auf besetzte und befreundete Staaten, von Italien bis in die eingegliederten polnischen Gebiete und Ostpreußen. Die Widerstände großer Teile der deutschen Bevölkerung gegen ihre Evakuierung lösten sich erst Anfang Juni 1943 durch massierte Bombardements der RAF weitgehend auf. Bis zum 21.1.1945 wurden im Deutschen Reich insgesamt 8.9 Millionen Menschen evakuiert.

Die Evakuierungsprogramme erhöhten jedoch im Laufe der Zeit immer stärker die sozialen Spannungen im Dritten Reich und belasteten darüber hinaus das Wirtschafts-, Versorgungs- und Verkehrssystem in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Die Flüchtlinge mussten untergebracht und versorgt werden. Auch die psychologische Stresssituation der teilweise von den Einheimischen angefeindeten Evakuierten kann nicht vernachlässigt werden. Vielen dieser Flüchtlinge wurde nach Beendigung des Krieges die Rückkehr in ihre Heimatstadt aufgrund von Zonengrenzen oder einfach durch die Überfüllung der Städte versagt.

Das Problem der "Displaced Persons"

Auch nichtdeutsche Staatsbürger waren in großem Maße von Bevölkerungsverschiebungen in Deutschland betroffen. Eine Gruppe waren die "Displaced Persons". Laut Definition der Alliierten waren dies Personen, die als Zwangsarbeiter oder aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen ihr Land verlassen mussten und jetzt in den vier Besatzungszonen festsäßen. Bei Kriegsende befanden sich ca. acht bis zehn Millionen DP's aus Polen, der Sowjetunion, der Ukraine, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Frankreich in Deutschland. Die meisten von ihnen waren als Zwangsarbeiter nach Deutschland gekommen, doch es befanden sich auch Kriegsgefangene und befreite Internierte aus den zahlreichen Konzentrationslagern darunter. Da es den meisten dieser Menschen nicht möglich war, mit eigenen Mitteln in ihr Heimatland zurückzukehren und ihre Versorgung erhebliche Probleme hervorrief, begannen ab Mai 1945 ausgedehnte Repatriierungsaktionen durch die Alliierten. Diese Bemühungen erwiesen sich jedoch besonders im Fall der osteuropäischen Staaten als außerordentlich schwierig, da viele Menschen wegen der dort herrschenden politischen Verhältnisse zögerten oder es ganz ablehnten, zurückzukehren. Trotz der Fortschritte befanden sich im Frühjahr 1947 noch etwa eine Million Ausländer in den vier Besatzungszonen. So sollte es bis zum April 1951 dauern, bis auf Druck der Alliierten die Bundesregierung den "heimatlosen Ausländern" ein besonderes Aufenthalts- und Niederlassungsrecht zugestand

Deutsche Kriegsgefangene in alliierter Gefangenschaft

Seit Beginn des Krieges machten die immer größer werdenden Besatzungsgebiete die Einberufung von immer mehr Männern zum Kriegsdienst notwendig. Alleine bis zum Mai 1944 wurden im Gebiet des Deutschen Reiches rund 10,7 Millionen Menschen zum Kriegsdienst einberufen. Zählt man zu dieser Zahl noch die Verbände der SS, SA, des RAD sowie den Volkssturm dazu, so kommt man auf fast 20 Millionen Deutsche, die bis 1945 mittelbar oder unmittelbar am Kriegsgeschehen beteiligt waren. Ihr Ausscheiden aus dem Zivilleben und aus der Wirtschaft wurde meist durch den Einsatz von Frauen, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ausgeglichen. Bis zum Frühsommer 1945 waren über 11 Millionen Deutsche zu Gefangenen der Alliierten geworden, ca. 7,745 Millionen auf Seiten der Westmächte und 3,349 Millionen bei den Sowjets. Schon ab Mitte Mai 1945 begannen die Amerikaner mit der Entlassung von Männern, die Erfahrung in Bergbau, Landwirtschaft und Transportwesen hatten. England, Frankreich und die Sowjetunion waren aufgrund der hohen Zerstörungen in ihren Ländern auf zusätzliche Arbeitskräfte dringend angewiesen.

Die Arbeitsbedingungen variierten dabei je nach Land. Während Deutsche in amerikanischer Gefangenschaft ausgezeichnet untergebracht und ernährt wurden, waren die Verhältnisse in britischer Gefangenschaft gut und in Frankreich schon deutlich schlechter. In der Sowjetunion herrschten schließlich meist so unerträgliche Zustände in den Arbeitslagern, dass viele der Gefangenen an Erschöpfung oder Krankheiten starben. Auf amerikanisches Betreiben hin einigte man sich schließlich darauf, die deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in der Hand der Alliierten befanden, bis zum 31. Dezember 1948 nach Deutschland zu entlassen. Während die Westalliierten diesem Plan weitgehend entsprachen, zeigte sich die Sowjetunion aufgrund des beginnenden Kalten Krieges unkooperativ. Die letzte größere Entlassung von Kriegsgefangenen erfolgte erst im September 1955. Das Schicksal von fast einer Million deutscher Soldaten, von denen man die meisten in sowjetischer Gefangenschaft glaubte, ist heute noch weitgehend ungeklärt.

Soziale und politische Auswirkungen der demographischen Verschiebungen

Die riesenhafte Fluchtbewegung der ostdeutschen Bevölkerung vor der Roten Armee, die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, die Evakuierungen aus den Städten und die Gefangenschaft des größten Teiles der männlichen Bevölkerung lösten einen tiefgreifenden demographischen Wandel in Deutschland aus. In den ersten Jahren der Nachkriegszeit bewirkten die Menschenmassen, die vorübergehend oder endgültig heimatlos waren, eine ungeheure Verschärfung der ökonomischen, sozialen und politischen Probleme. Die Gesamtbevölkerung in den vier Besatzungszonen einschließlich Berlins war bis 1946 von 59,7 Millionen (1939) auf 65,9 Millionen gestiegen. Auch wenn die kriegsbedingten Bevölkerungsverluste nominal ausgeglichen waren, hatte sich jedoch eine starke Verzerrung der Alterspyramide und ein hoher Frauenüberschuss ergeben.

Durch die Tatsache, dass Millionen von Menschen sich eine neue Heimat irgendwo in Deutschland suchen mussten, erfolgte eine starke Durchmischung der Bevölkerung, die eine Fülle von sozialen und politischen Folgen hatte. Die Aufnahme von Flüchtlingen, die im Extremfall schließlich über 50 Prozent der Bevölkerung eines Ortes stellen konnten, hatte bei vielen Anwohnern gravierende Auswirkungen. Die Eingliederungs-bemühungen in der Nachkriegszeit, die somit immer von zwei Seiten, die der Einzu-gliedernden und die der Eingliedernden, gesehen werden müssen, hatte jedoch überwiegend positive Auswirkungen. Tradierte Verhaltensweisen und Mentalitäten wurden aufgelockert, die soziale Mobilität erhöht. Nicht in allen Bereichen bewirkten diese Erschütterungen jedoch positive Auswir-kungen. In einigen Fällen führten die gravierenden Umstellungen der Lebensge-wohnheiten bei den Einzugliedernden oder den Einheimischen auch zu einer Abgrenzung und Rückbesinnung auf alte vertraute Werte. Vor allem Ostvertriebene lebten noch bis in die 1950er Jahre oft in festgefügtten landsmannschaftlichen Gruppen, in denen man die kulturellen Werte und die eigene Lebensweise bewahrte.

Leben im Neuen Deutschland

Der Wiederaufbau

Wie in keinem anderem Industriestaat der Welt wurden in diesem Jahrhundert Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands durch demographische Ver-schiebungen größten Ausmaßes geprägt.. Die demographischen Verschiebungen während und am Ende des Krieges setzten sich aus einer Vielzahl von Einzelströmen und Faktoren zusammen, die sich teilweise wechselseitig beeinflussten. So wurden die aus dem Ausland heimgeführten fast eine Million Volksdeutschen fast

ausschließlich in Gebieten angesiedelt, wo sie gegen Ende des Krieges zusammen mit etwa 12 Millionen anderen Deutschen schließlich Opfer von Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten und Osteuropa wurden. Ebenfalls gerieten viele der Luftkriegs-Evakuierten und der verschickten Kinder in den Strudel dieser Ereignisse, sofern sie sich in den vermeintlich sicheren Ostgebieten aufgehalten hatten. 11 Millionen Deutsche, die als Kriegsgefangene in Gefangenschaft waren und erst langsam nach Kriegsende zurückkehrten sowie etwa 10 Millionen "Displaced Persons", die heimatlos durch Deutschland streiften, vergrößerten das Chaos. Zwei von fünf Deutschen befanden sich bei Kriegsende nicht in ihrem Heimatort oder waren irgendwo unterwegs. Und doch wurden die anfangs riesigen Eingliederungsprobleme irgendwie gemeistert.

Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach 1945

Ausgangssituation (Extrakt aus Wikipedia)

Auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 teilten die vier Besatzungsmächte USA, UdSSR, das Vereinigte Königreich und Frankreich Deutschland untereinander in Besatzungszonen auf. Dabei erhielt die UdSSR das Gebiet der späteren DDR und die deutschen Ostgebiete, die sie mit der Ausnahme von Nord-Ostpreußen (heute Oblast Kaliningrad) an Polen abtrat. Das Vereinigte Königreich beanspruchte das Gebiet des heutigen Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die US-amerikanische Besatzungsmacht erstreckte sich über Bayern, Hessen, Teile von Württemberg und Baden sowie Bremen und Bremerhaven. Frankreich erhielt das spätere Rheinland-Pfalz und Teile von Württemberg und Baden. Das Saarland wurde unter französische Verwaltung gestellt. Die Siegermächte teilten die ehemalige Reichshauptstadt Berlin in vier Sektoren auf. Für ganz Deutschland wurde der Alliierte Kontrollrat mit Sitz in Berlin als Verwaltungsgremium geschaffen. In den Ostgebieten, der Tschechoslowakei und anderen Teilen Osteuropas begann in der Folgezeit die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Etwa 14 - 16 Millionen Menschen wurden nach West- und Ostdeutschland vertrieben oder mussten flüchten. In Deutschland selbst war das Leben in den teils zerbombten Städten mangels Wohnraum sowie wegen Nahrungsmittelknappheit, zerstörter Infrastruktur, fehlender Stromversorgung Brennstoffknappheit sehr schwierig. Es gab keine offizielle Währung, der Schwarzmarkt und der Handel mit Sachgütern, besonders US-amerikanischen Zigaretten blühte. Wegen des Brennstoffmangels wurden zahlreiche Bäume abgeholzt oder Kohlenzüge geplündert. Lebensmittel waren nur über Lebensmittelmarken oder aus eigenem Anbau zu haben.

Besatzungszeit

In den Jahren 1946/47 entstanden die meisten heutigen westdeutschen Bundesländer teilweise durch Zusammenschluss vorher eigenständiger Länder und die ersten freien Kommunal- und Landtagswahlen konnten abgehalten werden. Im Februar 1946 wurde in der britischen Besatzungszone ein Zonenbeirat aus Vertretern von Parteien, Gewerkschaften und der Verwaltung zur Beratung der Militärregierung gebildet. Im April 1946 nahmen die deutschen Gerichte wieder die Arbeit auf. Ebenfalls im August dieses Jahres begannen US-amerikanische Wohlfahrtsverbände mit der Lieferung von CARE-Paketen nach Deutschland, um die Hungersnot zu lindern. Es deutete sich auch eine fortdauernde Präsenz der Westalliierten in Deutschland an. Am 1. Januar 1947 entstand mit der Vereinigung von US-amerikanischer und britischer Besatzungszone die Bizone. Am 5. Juni 1947 lief der Marshallplan an und im Juli wurde in der Bizone ein Wirtschaftsrat gebildet, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen.

Die Gründung der Bundesrepublik 1949

In den Monaten Februar und März 1948 fand die Londoner Sechsmächtekonferenz mit den USA, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg statt, die über die Bildung eines westdeutschen Staates und den Brüsseler Pakt, ein Bündnis zur Wahrung westlicher Interessen gegen das Machtstreben der UdSSR, diskutierte.

Mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948, an der auch West-Berlin teilnahm, zeichnete sich das „Wirtschaftswunder“ ab, das parallel zur Einführung der D-Mark den Schwarzmarkt allmählich austrocknete. Die Sowjetunion verhängte am 24. Juni 1948 die Berlinblockade, worauf die Westalliierten ab dem 26. Juni 1948 mit der Luftbrücke nach Berlin reagierten. Am 1. Juli 1948 übergaben die Militärgouverneure Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und der USA den westdeutschen Ministerpräsidenten die Frankfurter Dokumente, Papiere, in denen sie ihre

Vorstellungen zur Bildung eines deutschen Staates mitteilten. Vom 10. bis 23. August 1948 traf sich der Verfassungskonvent zur Vorbereitung dieser Versammlung.

Am 1. September 1948 trat der Parlamentarische Rat unter Vorsitz von Konrad Adenauer in Bonn zusammen und arbeitete das Grundgesetz aus. Im April 1949 beschlossen die drei Westmächte, die Militärregierungen durch die Alliierte Hohe Kommission abzulösen und das Besatzungsstatut festzuschreiben. Westdeutschland wurde zur Trizone vereinigt. Am 8. Mai 1949 legten die Mitglieder des Parlamentarischen Rats das Grundgesetz vor. Am 10. Mai wurde die Hauptstadtfrage erörtert und letztendlich zu Gunsten von Bonn geklärt. Das Grundgesetz wurde von den Besatzungsmächten und den Landtagen angenommen. So trat das Grundgesetz nach Verkündung am 23. Mai 1949 mit Anbruch des 24. Mai 1949 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland war entstanden.

Die Wirtschaftswundergesellschaft

Nach der Währungsreform 1948 entwickelte sich in der Bundesrepublik das Wirtschaftswunder. Die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit verschwand allmählich, bis schließlich 1962 Vollbeschäftigung erreicht war. Zuerst wurde der Bedarf nach Grundnahrungsmitteln gedeckt, danach der Bedarf nach Feinkostartikeln befriedigt. Anschließend wurde die Nachfrage nach Bekleidung gestillt („Fresswelle“ und „Bekleidungsquelle“). Durch den steigenden Wohlstand vollzogen sich der Übergang vom Verkäufermarkt zum Käufermarkt und die Bedeutung der Werbung nahm stark zu. Der Tourismus entwickelte sich, auch durch die steigende Zahl von Urlaubstagen und Verkürzung der Arbeitszeit.

Aus Protest gegen den „Wohlstandsmief“ der Erwachsenen entwickelte die Jugend eine eigene Kultur, die sich vor allem im Rock 'n' Roll ausdrückte. Da nach wie vor der Wohlstand sehr ungleich verteilt war und es eine hohe Anzahl von Sozialhilfeempfängern gab, versuchte die Bundesregierung, soziale Missstände auszugleichen. Dennoch waren vor allem kinderreiche Familien und Rentner benachteiligt, und so führte man 1957 die dynamische Rente ein, um die Einkommen der Rentner der Einkommensentwicklung der übrigen Bevölkerung anzupassen. Ebenso dienten Maßnahmen wie das Mutterschutzgesetz und die Einführung des Kindergeldes diesem Zweck.

Der Wohnungsbau spielte eine bedeutende Rolle. Durch schnell steigende Löhne kam auch zunehmend die breite Masse der Arbeiter in den Genuss der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Kino war eine beliebte Freizeitbeschäftigung. Man wollte die Vergangenheit vergessen und das Leben unbeschwert genießen, und so erhielt der Heimatfilm großen Zuspruch beim Publikum. Der Glaube an den ungebremsen Fortschritt und die Wissenschaft war noch ungebrochen. Die friedliche Nutzung der Kernenergie wurde als Lösung für das Energieproblem angesehen; ab 1957 baute man den ersten deutschen Kernreaktor, der 1966 ans Netz ging.

Gesellschaft der 1970er und 80er Jahre

Mit der 68er-Bewegung ging ein neuer Lebensstil einher. In den Medien war besonders die Sexuelle Revolution, ermöglicht durch die Antibabypille, eine nachhaltige Wirkung vergönnt. Der damals ebenfalls propagierte Marsch durch die Institutionen führte Jahrzehnte später zu einer Generation, die Schlüsselpositionen in der deutschen Politik, in der Presse und im Beamtenapparat errungen hatte.

Da der Linksterrorismus seitens der RAF zunahm, musste sich die Gesellschaft dieses Problems annehmen. Eine allgemeine Hysterie sorgte dafür, dass man schnell unter Generalverdacht geriet, Terrorist oder Sympathisant zu sein, wenn man Verständnis für die Motive der Terroristen aufbrachte oder die Maßnahmen des Staates kritisierte. All das entfachte eine erneute Debatte über die NS-Vergangenheit.

Wiedervereinigung

Seit 1988 zeigten sich im Ostblock Auflösungserscheinungen der bisher mit Gewalt zusammengehaltenen Völker. Nachdem die Volksrepublik Ungarn die Grenze zu Österreich öffnete, flohen viele DDR-Bürgern in den Westen. Das Politbüro der DDR reagierte am 9. November 1989 mit der Öffnung der Berliner Mauer und der Öffnung der innerdeutschen Grenze. Im Februar 1990 folgten Gespräche zwischen Helmut Kohl und Michail Gorbatschow. Am 18. Mai wurde die Wirtschafts- und Währungsunion unterzeichnet, die am 1. Juli in Kraft trat. Beide deutsche Parlamente beschlossen am 23. August das Datum der Wiedervereinigung. Die Siegermächte stimmten im September 1990 mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag der Einheit zu und entließen Deutschland in die volle Souveränität.

Am 3. Oktober 1990 wurden die beiden deutschen Staaten wiedervereinigt. Am Ende ein Glücksfall